

Unterstützung und weiterführende Infos

Andrea Röpke / Andreas Speit (Berlin, 2013):

Blut und Ehre: Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland.

Stefan Aust / Dirk Laabs (2014):

Heimatschutz: Der Staat und die Mordserie des NSU.

Informationsblogs, Medien und Messenger-Dienste u.a.:

www.nsu-watch.info

www.bnr.de



Die Autorin **Andrea Röpke,**

Journalistin und Buchautorin, Jahrgang 1965. Veröffentlichte u.a. die Jahrbücher Rechte Gewalt 2017 und 2018, trat als Sachverständige in mehreren Untersuchungsausschüssen von Bundestag und Landtagen zu den Verbrechen des NSU auf.

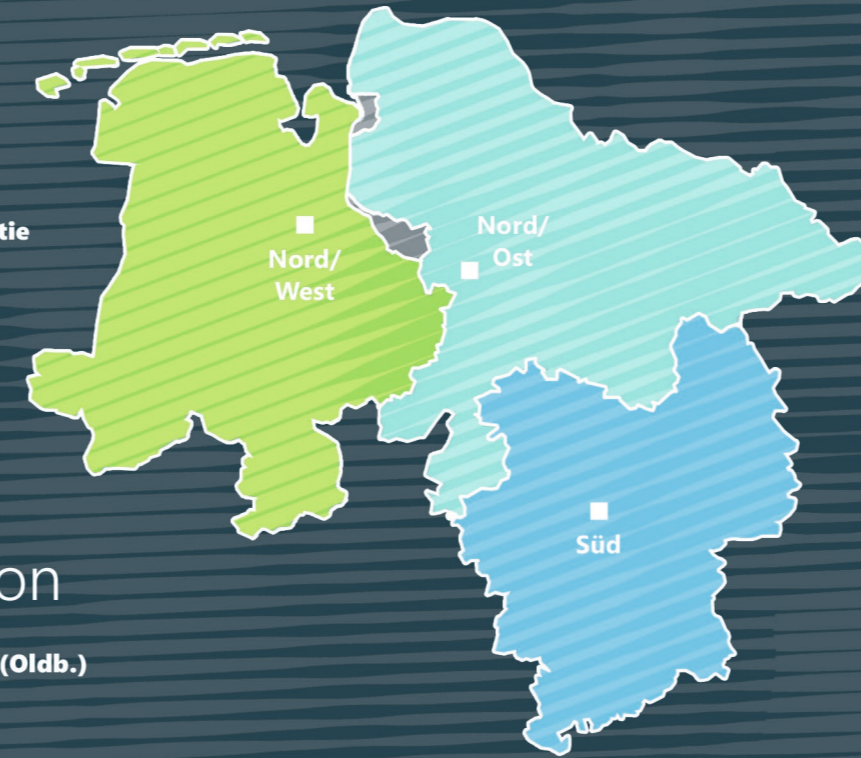
Kontakt

**Mobile Beratung Niedersachsen
gegen Rechtsextremismus für Demokratie**

Web: www.mbt-niedersachsen.de

E-Mail: info@mbt-niedersachsen.de

Twitter: @MBTnds



Für Sie in der Region

Regionalbüro Nord/West in Oldenburg (Oldb.)

E-Mail: nordwest@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0157 328 835 89

Regionalbüro Nord/Ost in Verden (Aller)

E-Mail: nordost@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 213 590 11

Regionalbüro Süd in Hildesheim

E-Mail: sued@mbt-niedersachsen.de

Telefon: 0152 034 314 29

Die Mobile Beratung Niedersachsen gegen
Rechtsextremismus für Demokratie informiert:

MILITANZ UND RECHTER TERROR

Träger:

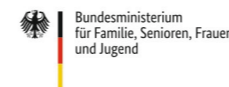
WABE e.V.

Holzmarkt 15

27283 Verden (Aller)



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Niedersachsen

Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus

für Demokratie

Die unterschätzte Gefahr. Rechte Gewalt ist alltäglich in Deutschland – rechter Terror könnte es werden. Statistisch gesehen werden seit Jahren drei bis fünf Menschen täglich aus rassistischer, politischer oder antisemitischer Motivation angegriffen. Doch erst die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke am 2. Juni 2019 durch einen polizeibekanntes Rechtsextremisten sorgte für stärkere Aufmerksamkeit. Wenige Monate später, am 9. Oktober 2019, verloren Jana L. und Kevin S. in Halle ihr Leben. Am jüdischen Feiertag *Yom Kippur* scheiterte der Versuch eines antisemitischen Anschlags auf eine mit Gläubigen gefüllte Synagoge in Halle. Der deutsche Attentäter schoss anschließend um sich und tötete zwei Menschen. Am 19. Februar 2020 erschoss ein Rassist neun MigrantInnen im hessischen Hanau.



Rechter Terrorverdacht in Niedersachsen

Die Anzahl, der vom Bundeskriminalamt angegebenen Zahl terroristischer „Gefährder“ von rechts verdoppelte sich in einem Jahr nahezu.¹ Allein 2019 leitete die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe 24 Terrorverfahren ein, 18 mehr als im Jahr zuvor.

Als Mitte Februar 2020 Beamten in sechs Bundesländern wegen Terrorverdacht gegen die „Gruppe S.“ vorgingen und „umfangreiche Waffenbestände“ beschlagnahmten, wurde auch ein Haus nahe Wriedel durchsucht.² Gegen die 13 Beschuldigten besteht der Tatverdacht der Gründung, Rädelsführerschaft, Mitgliedschaft in und Unterstützung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Sie sollen Anschläge auf PolitikerInnen, AsylbewerberInnen und MuslimInnen geplant haben.

¹ Als Gefährder werden Menschen bezeichnet, von denen die Polizei annimmt, sie wären durchaus bereit schwere Gewalttaten bis hin zu Terroranschlägen zu begehen.

Viele Experten der Szene halten die Zahlen noch für zu niedrig eingeschätzt. Die Zahl der entsprechenden Gefährder stieg 2020 auf 65.

Siehe auch: www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-gefaehrder-101.html

² www.zdf.de/nachrichten/panorama/rechte-terrorgruppe-informant-100.html

Alarmierende Vorfälle

Ende April 2018 wurden zwei Fotojournalisten aus Niedersachsen im thüringischen Fretterode von Rechtsextremisten aus dem Umfeld der „Arischen Bruderschaft“ angegriffen, diese Gruppierung ist länderübergreifend aktiv. Einer der Medienvertreter wurde schwer am Kopf verletzt. Obwohl Anklage gegen zwei Tatverdächtige erhoben wurde, kam es bis heute nicht zur Eröffnung des Gerichtsverfahrens (Stand 08.2020). Bislang unaufgeklärt blieb ein rassistisch motivierter Brandanschlag auf ein Restaurant in Syke im Landkreis Diepholz. Die TäterInnen hinterließen Hakenkreuze. In Braunschweig müssen ein engagierter Fachreferent und seine Familie seit Monaten mit massiven Morddrohungen leben.³ Als in Einbeck im Juni 2020 ein Sprengsatz im Eingangsbereich des Hauses einer 41-jährigen Antifaschistin explodierte, verletzte sich einer der zwei rechtsextremen Tatverdächtigen und führte die Polizei auf die Spur.⁴ Zuvor war das Gewaltpotential in der Stadt heruntergespielt worden. Morddrohungen erreichten 2020 auch die antifaschistische Zeitschrift „Der Rechte Rand“ mit Redaktionssitz in Hannover. Mit dem Tode bedroht wurden auch ein SPD-Politiker aus Estorf sowie der Oldenburger Polizeipräsident Johann Kühme. In dem anonymen Schreiben an Kühme hieß es: „Nicht heute, nicht morgen, denk einfach an Lübcke“.

³ www.taz.de/Journalist-ueber-Drohungen-von-Rechten/!5683319/

⁴ www.taz.de/Nach-Beschlagnahme-durch-die-Polizei/!5693202/

Zu wenig Aufklärung

Rechten Terror durch Untergrundgruppen, Waffenverstecke und Anschlagpläne gibt es seit 1945. 1980 explodierte auf dem Münchener Oktoberfest die Bombe eines Rechtsextremisten aus den Reihen der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. 12 BesucherInnen starben, viele wurden schwer verletzt. Auf das Konto der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) gingen zwischen 2001 und 2007 zehn Tote, erschossen von abgetauchten Rechtsextremen aus Thüringen. Ungeklärt ist bis heute wieviele HelferInnen aus der Szene den NSU wirklich unterstützten. Holger G., der Waffen und Papiere besorgte und wegen Mittäterschaft verurteilt wurde, lebt seit 1997 in der Nähe von Hannover.⁵ Weitere Spuren führten die Ermittler nach Hildesheim, Salzgitter, Uelzen oder Braunschweig. Doch wenig darüber ist bekannt. Zu wenig, meinen ExpertInnen: „Es rächt sich, dass man nie die Lehren aus den NSU-Morden gezogen hat“.⁶

⁵ Siehe weitere Informationen zu den Niedersachsen-NSU-Bezügen: www.bnr.de

⁶ Zitat: Dirk Laabs, im Februar 2020 bei Twitter.

Laabs veröffentlichte mit Stefan Aust „Heimatschutz“, ein umfassendes Werk über die Aufklärung der Verbrechen des NSU.